



BERICHTE UND ANTRÄGE

**zur Landesdelegiertenkonferenz
der Arbeitsgemeinschaft
für Arbeitnehmerfragen
Baden-Württemberg (AFA)**

**GUTES KLIMA -
GUTE ARBEIT -
GUTES LEBEN**

**am 9. November 2019
in Stuttgart, AWO-Begegnungszentrum Ost**

INHALT:

Rechenschaftsbericht	Seite 3
Tätigkeitsbericht Landesvorstand	Seite 6
Landesvorstand der AfA Baden-Württemberg	Seite 8
Anträge	Seite 9

IMPRESSUM:

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
Tel. (0711) 619 36 - 0, Fax -20

Layout: Dr. Gudrun Igel-Mann
Druck: Eigendruck
Fotos: SPD-Landesverband, privat

RECHENSCHAFTSBERICHT DES AFA-LANDESVORSTANDS VON NOVEMBER 2017 BIS NOVEMBER 2019



Gäste bei der Landesdelegiertenkonferenz 2017: Martin Kunzmann (links) und Klaus Barthel MdB

Bei der AfA-Landesdelegiertenkonferenz im November 2017 in Stuttgart wurde Udo Lutz als Landesvorsitzender erneut bestätigt. Seine Stellvertreterinnen sind Cordula Becker und Evelyne Gottselig. Zu Beisitzer/innen wurden gewählt Bettina Bludau, Daniele Cipriano, Dr. Katrin Distler, Fabian Fink, Michael Franzen, Klaus-Peter Grüner, Gerri Kannenberg, Tanja Majer, Sarah Pawlowski, Raphael Pfaff, Regina Schmidt-Kühner und Michael Weiß. Die Landesvorstandsmitglieder decken ein weites Spektrum an Fachkompetenz ab.

Der AfA-Landesvorstand tagt in der Regel monatlich, meist mit der Möglichkeit, daran per Telefonkonferenz teilzunehmen. Dabei haben wir uns insbesondere mit den Themen Digitalisierung, Sozialstaat, Grundrente und Transformation in der Arbeitswelt beschäftigt. Jedes Jahr kommen wir zu einer eintägigen Klausur zusammen. Dort beschäftigen wir uns intensiv mit einem Thema, so im März 2018 mit dem Thema Digitalisierung und im Juli 2019 – gemeinsam mit der ASF – zu den Themen Handlungsfähiger Staat sowie Klimaschutz. Regelmäßig geben wir Pressemitteilungen heraus.

Der AfA-Landesvorstand tagt in der Regel monatlich, meist mit der Möglichkeit, daran



Der AfA-Landesvorstand - gewählt auf der LDK 2017 in Stuttgart

In Kooperation mit den AfA-Kreisverbänden finden vor Ort Veranstaltungen statt. So luden wir z.B. im Februar 2018 mit AfA und Jusos im Kreisverband Ostalb zu „Gute Arbeit für Baden-Württemberg“ in Schwäbisch Gmünd ein.



Unsere Delegation zur Bundeskonferenz 2018 in Nürnberg

Vom 27. bis 29. April 2018 fand in Nürnberg die AfA-Bundeskonferenz statt. Baden-Württemberg nahm mit 15 Delegierten teil. Bei den Wahlen zum AfA-Bundesvorstand wurde Udo Lutz erneut zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt.

Im November 2018 war Bundesarbeits- und Sozialminister Hubertus Heil zu Gast in Stuttgart. Neben Firmenbesuchen fand ein Werkstattgespräch im Sozialkaufhaus in Stuttgart-Feuerbach statt, an das sich ein Arbeitnehmerempfang anschloss.

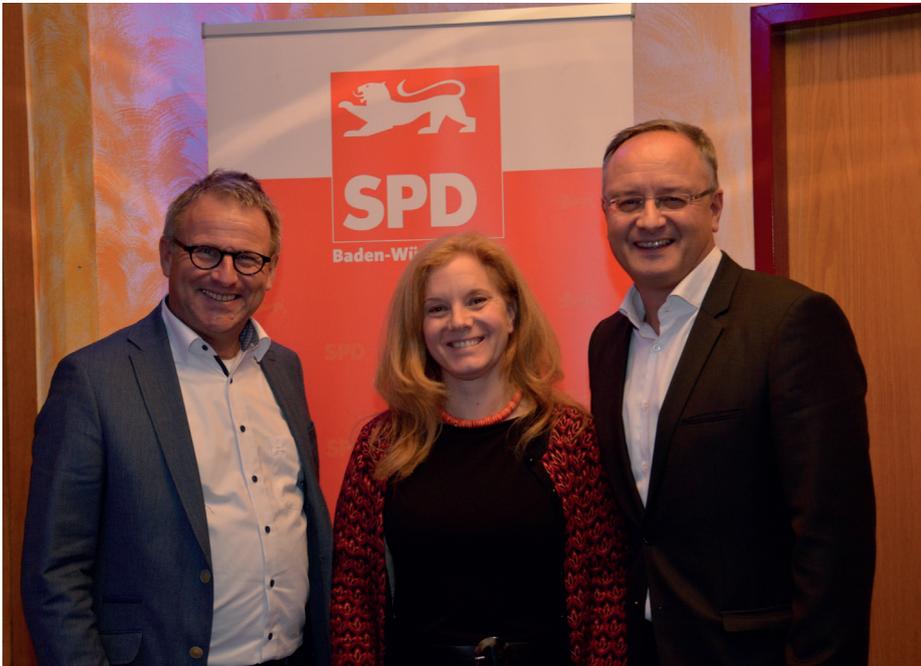
Außerdem fanden eine Veranstaltung mit Björn Böhning, beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, und ein Werkbesuch mit dem IG Metall-Bezirksleiter Roman Zitzelsberger statt.

An der Betriebs- und Personalrätekonferenz in Frankenthal im April 2019 nahmen auch einige Vertreter*innen der AfA-Baden-Württemberg teil.

Mit den anderen SPD-Arbeitsgemeinschaften arbeitet die AfA eng zusammen. An den AG-Vorsitzenden-Treffen nehmen wir regelmäßig teil. Besonders zur ASF besteht ein sehr enger Draht. Mit ihr geben wir auch gemeinsame Pressemitteilungen heraus, z.B. zum Internationalen Frauentag oder zum Equal Pay Day. An Landesparteitagen bringen wir uns stets mit Anträgen ein.



Bundeskonferenz 2018 - Baden-Württemberg redet mit



Empfang für Betriebs- und Personalräte 2019 in Mannheim. mit Daniela Schiermeier und Andreas Stoch MdL

Eine Neuerung gab es bei unserem traditionellen Empfang für Betriebs- und Personalräte im Jahr 2019. Erstmals luden wir nicht zu einem zentralen Empfang in Stuttgart, sondern vielmehr zu vier regionalen Empfängen ein – im Waldheim Heslach in Stuttgart, bei der AWO in Ulm, im Dreiländermuseum in Lörrach sowie in der Klapsmühl' am Rathaus Mannheim. Mit dabei waren Andreas Stoch und Sascha Binder. Die Resonanz war überwiegend positiv, die Empfänge mit durchschnittlich ca. 60 Teilnehmer*innen gut besucht.

Für den Vorstand:

Udo Lutz

Landesvorsitzender der AfA

TÄTIGKEITSBERICHT 2017-2019 ÜBER SITZUNGEN UND VERANSTALTUNGEN DES LANDESVORSTANDS

Datum	Veranstaltung	Ort
25.11.2017	Landesdelegiertenkonferenz	Stuttgart
04.12.2017	Landesvorstandssitzung	Stuttgart
15.01.2018	Landesvorstandssitzung	Telefonkonferenz
29.01.2018	Landesvorstandssitzung	Telefonkonferenz
15.02.2018	Landesvorstandssitzung	Telefonkonferenz
27.02.2018	„Gute Arbeit für Baden-Württemberg“ In Kooperation mit AfA und Jusos Ostalb	Schwäbisch Gmünd
24.03.2018	Landesvorstandssitzung	Telefonkonferenz
23.04.2018	Landesvorstandssitzung	Telefonkonferenz
27.04.2018	Landesvorstandssitzung mit Delegiertenbesprechung	Nürnberg
27.-29.04.2018	Bundeskonzferenz	Nürnberg
28.05.2018	Landesvorstandssitzung	Telefonkonferenz
26.06.2018	Landesvorstandssitzung	Telefonkonferenz
08.10.2018	Landesvorstandssitzung	Telefonkonferenz
25.10.2018	Landesvorstandssitzung	Telefonkonferenz
13.11.2018	Werkstattgespräch, Arbeitnehmerempfang	Stuttgart
15.11.2018	Landesvorstandssitzung	Telefonkonferenz
07.01.2019	Landesvorstandssitzung	Telefonkonferenz
29.01.2019	Landesvorstandssitzung	Telefonkonferenz
25.02.2019	Landesvorstandssitzung	Telefonkonferenz
25.03.2019	Landesvorstandssitzung	Telefonkonferenz
13.04.2019	Betriebs- und Personalrätekonferenz	Frankenthal

15.04.2019	Landesvorstandssitzung	Telefonkonferenz
03.06.2019	Landesvorstandssitzung	Telefonkonferenz
13.07.2019	Klausursitzung mit AsF	Stuttgart
27.08.2019	Landesvorstandssitzung	Telefonkonferenz
12.09.2019	Empfang für Betriebs- und Personalräte	Stuttgart
24.09.2019	Landesvorstandssitzung	Telefonkonferenz
30.09.2019	Empfang für Betriebs- und Personalräte	Ulm
02.10.2019	Empfang für Betriebs- und Personalräte	Lörrach
07.10.2019	Empfang für Betriebs- und Personalräte	Mannheim
21.10.2019	Landesvorstandssitzung	Telefonkonferenz
08.11.2019	Landesvorstandssitzung	Stuttgart
09.11.2019	Landesdelegiertenkonferenz	Stuttgart

LANDESVORSTAND DER AFA BADEN-WÜRTTEMBERG

VORSITZENDER:

Udo Lutz
70180 Stuttgart

STELLVERTRETENDE VORSITZENDE:

Cordula Becker
68766 Hockenheim

Evelyne Gottselig
68259 Mannheim

BEISITZER/-INNEN:

Bettina Bludau
70178 Stuttgart

Daniele Cipriano
79618 Rheinfelden

Dr. Katrin Distler
79106 Freiburg

Fabian Fink
78224 Singen

Michael Franzen
74906 Bad Rappenau

Klaus-Peter Grüner
73079 Süßen

Gerri Kannenberg
70372 Stuttgart

Tanja Majer
74379 Ingersheim

Raphael Pfaff
79369 Wyhl

Sarah Schlösser
70191 Stuttgart

Regina Schmidt-Kühner
76199 Karlsruhe

Michael Weiß
74172 Neckarsulm

ANTRÄGE

Antrag Nr. 1:

Antragsteller: AfA-Landesvorstand

Empfänger: SPD-Landesvorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Stuttgarter Erklärung „Gutes Klima – Gute Arbeit – Gutes Leben“

		Empfehlung der Antragskommission
1	Gutes Klima – Gute Arbeit – Gutes Leben	Annahme in der Fassung der Antragskommission Ersetze Z. 7-18 durch: <u>„Wir alle wollen und benötigen gutes Klima durch wirksamen Klimaschutz. Ziel ist es, die Erderwärmung seit Beginn der Industrialisierung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Denn der menschengemachte Klimawandel führt zu großen Veränderungen der Lebensbedingungen wie Anstieg des Meeresspiegels, Extremwetterlagen, Überschwemmungen, Zunahme der Hitzetage im Sommer. Schon heute führt der Klimawandel zu großen Fluchtbewegungen. Hinzu kommt der Verlust an Artenvielfalt. Die Ausrichtung unserer Lebens- und Wirtschaftsweise auf die planetarischen Grenzen ist dringend geboten. Wir sind der Überzeugung, ...“</u>
2	Stuttgarter Erklärung der AfA Baden-Württemberg	
3		
4	Für uns Arbeitnehmer*Innen sind alle drei Punkte sehr	
5	wichtig!	
6		
7	Wir alle wollen und benötigen ein gutes Klima. Klimaver-	
8	änderungen führen zu großen Veränderungen der Le-	
9	bensbedingungen. Die Lebensqualität besonders in den	
10	Ballungsräumen sinkt. Ein immer größer werdender Teil	
11	der Erde ist nicht mehr für eine gute Vegetation geeignet.	
12	Neben Trockenheit führen sogenannte Jahrhundertun-	
13	wetter und Stürme verbunden mit großen Überschwem-	
14	mungen zu extremen Lebensbedingungen, die oft ein Le-	
15	ben in diesen Regionen unmöglich machen. Hungersnöte	
16	und große Fluchtbewegungen sind ein Ergebnis dieser	
17	Klimaveränderungen. Deshalb ist eine Ausrichtung auf	
18	mehr Ökologie dringend geboten. Wir sind der Überzeu-	
19	gung, nur mit ökologischen und nachhaltigen Produkten	
20	ist unsere Wirtschaft zukunftsfähig.	
21		
22		
23		
24		
25		
26		
27		
28		
29	Wir schaffen diesen Wandel, die sogenannte Transforma-	
30	tion, nur gemeinsam mit enger Einbindung der Arbeit-	
31	nehmer*Innen, Gewerkschaften, Arbeitgeber*innen und	
32	Politik.	
33	Wer die Transformation benützt, um Arbeits- und Le-	
34	bensbedingungen zu verschlechtern oder als Arbeitsplatz-	
35	verlagerung missbraucht, muss unseren Widerstand spü-	

36	ren.	
37		
38	Neben der Transformation ist die Digitalisierung eine große Herausforderung für alle. Beides, Transformation und Digitalisierungen, muss genutzt werden, um die Arbeitswelt zu humanisieren und neue Arbeitsplätze für alle Tätigkeitsgruppen entstehen zu lassen.	
39		
40		
41		
42		
43	Bildung, Weiterbildung und Qualifizierung werden immer wichtiger. Gute Bildung durch eine dem Lernenden angepasste Stoffvermittlung, eine Ausbildung oder ein Studium nach dem neusten Stand der Erkenntnisse sowie eine für alle offene und leistbare Weiterbildung sind ein gutes Fundament für einen Beruf, der Spaß macht und zukunftsorientiert ist. Leider haben nicht alle Arbeitnehmer*Innen Zugang zu einem Bildungsangebot. Für untere Einkommensgruppen gibt es oft nichts. Oder sie sind so gestaltet, dass sie Arbeitnehmer*Innen, die schon lange keine Bildungsmaßnahme besucht haben, abschrecken.	
44		
45		
46		
47		
48		
49		
50		
51		
52		
53		
54		
55		
56		
57		
58		
59		
60		
61	Umso unverständlicher ist es, dass in Baden-Württemberg das Rad bei der schulischen Bildung wieder zurückgedreht wird und die Trennung der Schularten mit ihrer größtenteils fehlenden Durchlässigkeit nach oben wieder als hinnehmbar angesehen wird. Das einseitige Ausrichten am schwächsten Fach des/der Schüler*In ist für die Betroffenen eine Verletzung und volkswirtschaftlich mehr als fraglich. Die AfA setzt sich für ein Bildungssystem ein, das eine Durchlässigkeit von unten nach oben bietet und eine maximale individuelle Förderung beinhaltet. Mit der Gemeinschaftsschule wurde so ein Ansatz angegangen. Er muss konsequent umgesetzt und angeboten werden. Jede Schülerin und jeder Schüler muss die Möglichkeit haben, eine Gemeinschaftsschule mit einem Komplettangebot in erreichbarer Nähe besuchen zu können. Ferner sind Unterstützung und Nachhilfe überall kostenfrei anzubieten, um ggf. bildungsferneren Schülerinnen und Schülern einen Abschluss zu ermöglichen.	
62		
63		
64		
65		
66		
67		
68		
69		
70		
71		
72		
73		
74		
75		
76		
77		
78		
79		
80	Zur Humanisierung der Arbeitswelt gehört für die AfA unabdingbar die Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen sowie Sachgrundbefristungen als Kettenarbeitsver-	
81		
82		

83	trag. Befristungen sind Arbeitsverhältnisse, die keine Zu-	
84	kunftsplanung für die Arbeitnehmer*Innen ermöglichen	
85	und diese immer mit der Angst vor dem Verlust der Arbeit	
86	leben lassen. Die Gründe für eine Sachgrundbefristung	
87	müssen stark eingeschränkt werden.	
88		
89	Dies selbe gilt für die Bezahlung und die Arbeitsbedingun-	
90	gen. Einer Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes erteilen	
91	wir eine klare Absage.	
92		
93	Arbeit 4.0 ist für die AfA eine gute Arbeit mit Tariflöhnen,	
94	unbefristeten Arbeitsverträgen und guten Arbeitsbedin-	
95	gungen.	
96		
97	Arbeit 4.0 muss auch für mehr Beteiligungsrechte stehen.	
98	Wir wollen die Mitbestimmung ausbauen! Neben der Un-	
99	ternehmensmitbestimmung ist die betriebliche Mitbe-	
100	stimmung wesentlich zu verbessern. Viele Unterrichts-	
101	und Beratungsrechte sind zu einer echten Mitbestimmung	
102	weiter zu entwickeln.	
103		
104	Wir brauchen starke Betriebs- und Personalräte und Ge-	
105	werkschaften. Jede Behinderung und Ausgrenzung verur-	
106	teilen wir. Es müssen spürbare strafrechtliche Regelungen	
107	erlassen werden, die dies unterbinden.	
108		
109	Wir stehen für Vollbeschäftigung! Arbeit ist ein wichtiges	
110	Element der Selbstgestaltung und der Würde jedes Ein-	
111	zelnen. Es muss alles getan werden, damit alle Zugang	
112	zum Arbeitsmarkt haben. Der oft gepriesene kommunale	
113	Arbeitsmarkt muss endlich von der Sonntagsrede in den	
114	Alltag transferiert werden. Hier könnten auch bessere	
115	Arbeitsgelegenheiten für Arbeitnehmer*Innen mit einem	
116	multiplen Handicap geschaffen werden. Mit dem Bundes-	
117	teilhabechancengesetz wurde ein weiteres gutes Element	
118	der Arbeitseingliederung geschaffen.	
119		
120	Gerade der Transformationsprozess wird viele gute Rege-	
121	lungen benötigen, um alle in einer guten Beschäftigung zu	
122	halten. Mit dem Qualifizierungskurzarbeitergeld ist ein	
123	guter Vorschlag auf dem Tisch. Arbeitnehmer*Innen sol-	
124	len im Beschäftigungsverhältnis qualifiziert und nicht auf	
125	die Straße gesetzt werden. Unverständlich ist die Ableh-	
126	nung durch die CDU. Wir unterstützen unseren Bundesar-	
127	beitsminister Hubertus Heil und die SPD-	
128	Bundestagsfraktion in ihren Vorschlägen für eine gute	
129	Arbeit und die Sicherung des Arbeitsverhältnisses.	

130		
131	Es ist ein Skandal, dass Grüne und CDU in Baden-	
132	Württemberg das Bildungszeitgesetz schleifen wollen.	
133	Bildung ist mehr denn je gefragt. Bei dem Rechtsruck in	
134	den letzten Jahren zeigt es sich auch, wie wichtig politi-	
135	sche Bildung ist. Auch das viel gepriesene Ehrenamt benö-	
136	tigt Qualifizierung, um die Aufgabe gut machen zu kön-	
137	nen. Die Ansätze von Grüne und CDU outen sie als willfä-	
138	hrige Handlanger einseitiger Kapitalinteressen ohne Ge-	
139	meinschaftsverantwortung.	
140		
141	Eine gute Gesundheits- und Altersversorgung ist für uns	
142	selbstverständlich. Wir stehen für ein Rentenniveau über	
143	50%.	
144		
145	Mit einer guten Gesundheitsversorgung ist eine gute Pfl-	
146	ege untrennbar verbunden. Die Arbeits- und Verdienstbe-	
147	dingungen in den Pflege- und Heilberufen sind oft alles	
148	andere als gut. Hier ist ein klarer Gestaltungsauftrag an	
149	die Gesellschaft, an die SPD und an uns!	
150		
151	In den gesetzlichen Sozialversicherungen gilt das Prinzip	
152	der Parität in den Verwaltungsräten, Vorständen, Vertre-	
153	tersammlungen und Bezirksbeiräten. Die CDU will	
154	beim GKV-Spitzenverband und beim MDK abweichen. Die	
155	SPD hat dies abgelehnt. Wir begrüßen die Ablehnung	
156	sehr! Die paritätische Besetzung der Verwaltungsräte,	
157	Vorstände, Vertreterversammlungen, Bezirksbeiräte und	
158	die paritätische Gestaltung durch die Mitglieder*Innen in	
159	den gesetzlichen Sozialversicherungen müssen auf allen	
160	Ebenen erhalten bleiben!	
161		
162	Kitas sind für die AfA Bildungseinrichtungen und ermögli-	
163	chen den Eltern, einen Beruf auszuüben. Sie benötigen	
164	eine hohe Qualität. Um die Attraktivität der Beschäftigung	
165	in diesen Einrichtungen zu erhöhen, benötigt es bessere	
166	Arbeits- und Entgeltbedingungen. Ferner benötigen wir	
167	Kitas, die längere Öffnungszeiten anbieten und auch in	
168	Schichtarbeit beschäftigten Familien ein Angebot bieten.	
169	Dies kann aber nur mit den Kolleg*Innen in der Kita ent-	
170	wickelt werden. Das Volksbegehren der SPD zu einer kos-	
171	tenfreien Kita ist der richtige Schritt. Wir begrüßen ihn	
172	sehr!	
173		
174	Zu gutem Leben gehört Wohnen. Gutes Wohnen ist für	
175	Arbeitnehmer*Innen und ihre Familien ein großes Prob-	
176	lem. Im Schnitt benötigt eine Facharbeiterfamilie rund 35	

177	% ihres Einkommens für Wohnen. Je geringer das Ein-	
178	kommen, desto größer der Anteil am Einkommen für	
179	Wohnkosten. Bei prekären Beschäftigungsverhältnissen	
180	ist ein Anteil von 60 % keine Seltenheit. Die Mietpreise	
181	explodieren nicht nur in den Ballungsräumen. Wohnei-	
182	gentum können sich nur noch wenige leisten. Bezieher	
183	von Arbeitslosengeld II müssen oft von den geringen Le-	
184	benshaltungskosten etwas für die Wohnkosten abzwei-	
185	gen, weil die Mietobergrenzen zu gering sind.	
186		
187	Wir brauchen dringend mehr bezahlbare Wohnungen, das	
188	Wohnungsbauprogramm ist deutlich zu erhöhen. Dazu	
189	zählen für die AfA preisgebundene Wohnungen sowie	
190	Werks- und Personalwohnungen.	
191		
192	Die Wohnungsgenossenschaften haben sich in den letzten	
193	hundert Jahren sehr bewährt. Sie bieten bezahlbare gute	
194	Wohnungen mit einem großen Schutz vor Kündigung und	
195	großen Mietpreiserhöhungen. Wir benötigen einen Schub	
196	in genossenschaftlichen Bauen und Wohnen!	
197		
198	Damit wir die Punkte dieser Erklärung und weitere für die	
199	Arbeitnehmer*Innen wichtige Aspekte gut regeln, brau-	
200	chen wir Euch. Nur gemeinsam als Kolleg*Innen, Ge-	
201	noss*Innen, Gewerkschaften, ... können wir die Lebens-	
202	und Arbeitsbedingungen gut gestalten! Dazu laden wir	
203	Euch ein! Kommt und gestaltet mit! Die Türen bei der SPD	
204	und der AfA sind offen!	
		Entscheidung der Konferenz <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Material an <input type="checkbox"/> Erledigt durch <input type="checkbox"/> Ablehnung

Antrag Nr. 2:

Antragsteller: AfA-Landesvorstand

Empfänger: AfA-Bundeskonferenz, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Sozial-ökologische Transformation verantwortungsvoll gestalten

		Empfehlung der Antragskommission
1	Sozial-ökologische Transformation verantwortungsvoll	(Empfehlung erfolgt mündlich)
2	gestalten	
3		
4	Die AfA-LDK möge beschließen:	
5		
6	1. Schnellstmöglicher Ausstieg aus der Atomenergie sowie aus allen fossilen Brennstoffen vorantreiben	
7		
8		
9	Noch immer ist Atomenergie sowie Energie aus fossilen Brennstoffen viel sehr CO ₂ -lastig und zudem sehr günstig zu haben. Der Markt, der dafür zuständig ist den Preis für CO ₂ festzulegen, hat versagt. Wir müssen nun aus diesen alten Technologien aussteigen und neue Technologien angehen. Hierzu muss die Politik die erneuerbaren Energien (Sonne, Wind, Wasser) massiv fördern, und Hinderungen des Aufbaus (Straßen, Windräder) entgegenwirken	
10		
11		
12		
13		
14		
15		
16		
17		
18		
19		
20	2. Strompreise sozial gestalten	
21	Die Klimawende wird uns alle etwas kosten. Aber die Wohlhabenden in unserer Gesellschaft sind für den größten Teil des Klimawandels verantwortlich. Daher muss die Klimawende mit Einbezug der Wohlhabenden in dieser Gesellschaft verfolgt werden. Industrie und Kapital dürfen nicht den Kürzeren ziehen.	
22		
23		
24		
25		
26		
27		
28	Auch muss der Klimawandel finanziell besser von der Oberschicht ausgestattet werden. Daher ist es unvermeidbar die Strompreise und andere Energiepreise sozial zu gestalten nach dem Prinzip, dass starke Schultern mehr tragen können.	
29		
30		
31		
32		
33		
34	3. Die Bepreisung von CO₂ sozial staffeln und ab nächstes Jahr mit mindestens 50 Euro beginnen	
35		

36		
37		
38		
39	Der Markt um CO ₂ hat nicht funktioniert. Der	
40	Preis für CO ₂ ist immer noch viel zu günstig um	
41	auf andere Technologien zu wechseln.	
42		
43	4. Besteuerung von fossilen Brennstoffen	
44	Durch eine Besteuerung von fossilen, statt deren	
45	unnötiger Subventionierung können wir schaffen,	
46	dass wir uns personell wie auch mental auf neue	
47	Technologien konzentrieren können.	
48		
49	5. Evaluation der Energieeinsparverordnung um	
50	mögliche Verbesserungen nachzugehen	
51	Eine Evaluation der Energieeinsparverordnung	
52	würde dazu führen, dass es Entwicklungen im Be-	
53	reich der technologisch-innovativen Lösungen im	
54	Bereich der Gebäudetechnik bereit stehen wür-	
55	den.	
56		
57	6. Programme der KfW-Bank mit 20 Jahren Zinsbin-	
58	dung	
59	Die niedrige Zinsbindung ist nun die Chance, diese	
60	Zinsen für die Zukunft auf umweltfreundliche	
61	Weise zu nutzen. Daher ist es wichtig, dass die	
62	Zinsbindung für energetische Sanierung und Neu-	
63	bau auf 20 Jahre festzulegen.	
64		
65	7. Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplungen in Verbin-	
66	dung mit sauberen CO₂-freien Energie.	
67	Kraft-Wärme-Kopplungen können in zweifacher	
68	Weise genutzt werden und würden für eine sozia-	
69	le Transformation sorgen.	
70		
71	8. Neue Abgasnormen und Antriebstechnologien	
72	als Chance für den Strukturwandel nutzen	
73	Wenn uns die Transformation gelingen will, müs-	
74	sen wir umwelt-, industrie- und beschäftigungs-	
75	politische Ziele im Gleichgewicht halten.	
76	Zielkonflikte müssen mit sachgerechten Gesamt-	
77	lösungen im Interesse der Arbeitnehmer*innen	
78	angegangen werden.	
79		
80	9. Investitionen in Forschung von alternativen An-	
81	triebe (z. B. E-Auto) bei gleichzeitiger Effizienz	
82	des Verbrennungsmotors.	

83	Der Verkehr macht einen nicht kleinen Teil aus	
84	bei der Bildung von CO ₂ , allerdings gibt es auch	
85	immer wieder Meldungen von überschrittenen	
86	Grenzwerten bei Stickoxiden und Feinstäube. Mit	
87	der Folge, dass Städte nicht mehr Autos in den	
88	Innenstädten zu lassen.	
89		
90	Hier müssen wir Fragen der Bevölkerung beant-	
91	worten können. Was macht das E-Auto umwelt-	
92	freundlich. Wie hoch ist der Kaufpreis, wie lange	
93	die Lebenszeit, gibt es überall Ladestationen. Wie	
94	lange ist Reichweite. Was passiert mit den Batte-	
95	rien am Ende?	
96		
97	10. Der Strukturwandel gemeinsam annehmen und	
98	die Arbeitnehmer*innen schützen	
99	Politik, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und Un-	
100	ternehmen müssen an einem Strang ziehen, um	
101	das Ziel zu erreichen.	
102	Der Strukturwandel der Automobilindustrie muss	
103	sich mit und nicht gegen die Arbeitnehmer*innen	
104	vollziehen.	
105	Zusätzlich zu dem Strukturwandel vom Verbren-	
106	ner zum Elektroauto gibt es noch die Herausfor-	
107	derung der Digitalisierung.	
108	Es ist zu ermitteln, inwiefern sich die Arbeit im	
109	Automobilbau und die Anforderungen an Tätig-	
110	keitsprofile in qualitativer Hinsicht verändert.	
111	Neben der demografischen Kurve gibt es Mög-	
112	lichkeiten zu strategischer Personalpolitik, be-	
113	trieblicher Weiterbildung und Umschulungspro-	
114	gram. Aber auch arbeitspolitische Ansätze einer	
115	digitalen Humanisierungsoffensive sind wichtige	
116	Punkte für Gewerkschaften und Betriebsrat, da-	
117	mit Gewerkschaften und Betriebsräte den Struk-	
118	turwandel vorausschauend und sozialverträglich	
119	gestalten können.	
120	Dies alles kann und muss von der Politik verfolgt	
121	und begleitet werden. Mittel für die Qualifizie-	
122	rung von Arbeitnehmer*innen müssen bereitge-	
123	stellt werden. Wie auch Mittel für die Forschung	
124	in alternativen Technologien.	
125		
126		
127	Begründung:	
128		
129	Schon vor den Schulstreiks der Schüler*innen in ganz	

<p>130 131 132 133 134 135 136 137 138 139 140 141 142 143 144 145 146 147 148 149 150 151 152 153 154 155 156 157 158 159 160 161 162 163</p>	<p>Deutschland und in der ganzen Welt – die in Namen von „Fridays For Future“ laufen - war der Klimawandel ein Damokles Schwert über unseren Köpfen. Wir verbrauchen mit unserer Lebensweise mehr als nur ein Planet Rohstoffe geben kann.</p> <p>Um den Planeten, die Pflanzen- und Tierwelt und schließlich unser aller Leben und der unsere Kinder und Kindeskinde zu erhalten, müssen wir den Klimawandel ernst nehmen und dagegen was tun. Das heißt, die Politik muss sich mit technologischen Fragen auseinandersetzen. Dies wurde bisher immer vermieden.</p> <p>So hat Deutschland im Rahmen des Ende 2016 infolge des Pariser-Klimaabkommens verabschiedeten „Klimaschutzplans“ als Zielgröße beschlossen, die CO₂-Emission im Verkehrssektor bis 2030 um 40 bis 42 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Wie genau und was dabei zu tun wäre, wurde nicht festgelegt.</p> <p>Allerdings scheint dies genug zu sein. Die Klimapolitik tritt auf der Stelle – trotz kürzlich beschlossenen Klimapakets, welches wirkungslos und nicht sozial verträglich ist. Die CO₂-Emissionen in Deutschland sind wieder gestiegen, trotz Energiewende. Schuld sind vor allem auf Hochtouren laufende Braunkohlekraftwerke. Der Emissionshandel zur Begrenzung des CO₂-Ausstoßes funktioniert nicht, das Klimaziel für 2020 droht verfehlt zu werden. Und auch das Klimaziel für 2030 ist nicht in trockenen Tüchern.</p> <p>Wir fordern eine glaubwürdige und sozialverträgliche Klimapolitik, sozialverträglich für Verbraucher*innen und eine Klimapolitik mit Sicherheit für die Arbeit von morgen für unsere Kolleg*innen in den Unternehmen der Automobilbranche sowie in den Zulieferbetrieben.</p>	<p>Entscheidung der Konferenz</p> <p><input type="checkbox"/> Annahme</p> <p><input type="checkbox"/> Material an</p> <p><input type="checkbox"/> Erledigt durch</p> <p><input type="checkbox"/> Ablehnung</p>
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Antrag Nr. 3:

Antragsteller: AfA-Kreisverband Heidelberg

Empfänger: SPD-Landesvorstand, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Transformation in Baden-Württemberg
im Sinne der Beschäftigten gestalten

		Empfehlung der Antragskommission
1	Transformation in Baden-Württemberg im Sinne der Beschäftigten gestalten	Annahme in der Fassung der Antragskommission
2		
3		
4	Wir fordern die Landespartei und die Landtagsfraktion	
5	auf, Digitalisierung und Transformation in Baden-	
6	Württemberg, insbesondere die Umwälzungen in der In-	„... Industrie <u>und im Dienstleis-</u>
7	dustrie (Automobil, Maschinenbau, Plattformökonomie),	<u>tungssektor</u> (Automobil, Maschi-
8	zu einem öffentlich sichtbaren Schwerpunkt ihrer Arbeit	nenbau, Plattformökonomie) “
9	in den nächsten Jahren zu machen, und zusammen mit	
10	den DGB-Gewerkschaften die notwendigen politischen	
11	Instrumente und Strategien zu entwickeln. Es geht dabei	Verschieben „Es geht ... zu gestal-
12	darum den absehbaren Umbruch (möglicher Abbau von	ten.“ nach Z. 23
13	Beschäftigung, Flexibilisierung der Arbeitszeit, atypische	
14	Beschäftigungsformen, sich ändernde Qualifikationsan-	
15	forderungen) in all seinen Facetten im Interesse der Ar-	
16	beitenden zu gestalten.	
17		
18	Der AfA-Landesvorstand bildet eine Arbeitsgruppe, die	Entscheidung der Konferenz
19	einen Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen entwickelt.	<input type="checkbox"/> Annahme
20	Dazu gehört unter anderem ein schriftlicher Bericht und	<input type="checkbox"/> Material an
21	öffentliche Veranstaltungen. In die Arbeitsgruppe sind	<input type="checkbox"/> Erledigt durch
22	Gewerkschaften und die lokalen AfAs einzubinden.	<input type="checkbox"/> Ablehnung
23		

Antrag Nr. 4:

Antragsteller: AfA-Landesvorstand

Empfänger: AfA-Bundeskonferenz, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Weiterbildung weiterdenken - Weiterbildung und Qualifizierung als Schlüsselemente der Transformation stärken

		Empfehlung der Antragskommission
<p>1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34</p>	<p>Weiterbildung weiterdenken - Weiterbildung und Qualifizierung als Schlüsselemente der Transformation stärken</p> <p>Unsere Wirtschaft und Gesellschaft steht vor einer mehrfachen Herausforderung, was ihre zukunftsfähige Transformation betrifft. Neben technologischen Fortschritt und konjunkturelle Krisen treten neue Herausforderungen wie die Digitalisierung und Vernetzung der Produktion, die Konkurrenz durch Etablierung neuer Geschäftsmodelle wie der Plattformökonomie, die Veränderungen im Antriebsstrang hin zu Elektromobilität und nicht zuletzt der Klimawandel und unser Anspruch einen Umbau zu klimaneutraler Produktion hinzubekommen. Auch das unsichere weltwirtschaftliche Umfeld und mögliche Grenzen des Freihandels auf dem ein Großteil unserer Exportwirtschaft beruht, kommen aktuell hinzu.</p> <p>Die letzte konjunkturelle Krise 2008/2009, ausgelöst durch die Internationale Finanzkrise, konnte durch aktive staatliche Krisenpolitik abgefedert werden. Dank einer massiven Ausweitung des Kurzarbeitergeldes, eines Investitionsprogramms des Bundes, der Umweltprämie (auch Abwrackprämie) und weiteren Maßnahmen wie dem WeGebAU-Programm der Bundesagentur für Arbeit fand diese Krise in Deutschland nur eingeschränkt statt.</p> <p>In dem heute notwendigen mehrfachen Strukturwandel gilt es umso mehr Strukturbrüche und Brüche in den Erwerbsbiografien der Arbeiter*innen und Angestellten zu vermeiden. Als Mittel dazu sehen wir eine Qualifizierungsoffensive. Sie ist wichtig, damit keine Arbeitnehmerin und kein Arbeitnehmer in der Transformation abgehängt wird.</p>	<p>Annahme in der Fassung der Antragskommission</p> <p>Ersetze Zeile 5- 17 durch <u>„Die notwendige sozial-ökologische Transformation stellt Gesellschaft und Wirtschaft vor mehrfache Herausforderungen, wie Digitalisierung und Umbau zu einer klimaneutralen Produktion. Hinzu kommt ein unsicheres weltwirtschaftliches Umfeld.“</u></p> <p>Z. 19-26: Begründung</p> <p>„... Als <u>ein</u> Mittel dazu ...“</p>

35	Darin gilt es Zeiten zu erwartender Minderarbeit für die	
36	Qualifizierung der Beschäftigten bestmöglich zu nutzen,	
37	die Unternehmen wo notwendig dabei zu unterstützen	
38	und für Gerechtigkeit unter der Belegschaft was Weiter-	
39	bildung und Qualifizierung angeht Sorge zu tragen.	
40		
41	<u>Für ein Recht auf Weiterbildung</u>	
42	Deshalb brauchen wir zunächst ein Recht auf Weiterbil-	
43	dung für jede und jeden, denn Weiterbildung in Deutsch-	
44	land ist noch zu ungleich verteilt. Zu oft bekommen in Un-	
45	ternehmen bereits gut qualifizierte Arbeitnehmerinnen	
46	und Arbeitnehmer Weiterbildungen, während für die Be-	
47	schäftigten, für die Weiterbildung besonders wichtig wäre	
48	- Geringqualifizierte oder Arbeitslose – entsprechende	
49	Angebote fehlen. Gerade Baden-Württemberg verzeich-	
50	net, bedingt durch die gute Einkommenssituation in mit-	
51	bestimmten und tarifgebundenen Branchen, einen hohen	
52	Anteil an- und ungelernter Beschäftigter und das Land hat	
53	somit einen besonderen Qualifizierungsbedarf in der	
54	Transformation. (Vgl. Deutscher Weiterbildungsatlas	
55	2018)	
56		
57	<u>Mehr Investitionen in Weiterbildung</u>	
58	Die Transformation wird nur mit höherem Engagement	
59	für Weiterbildung gelingen. Das gilt gleichermaßen für die	
60	Unternehmen wie für den Staat. Lebensbegleitendes Ler-	
61	nen muss endlich auch im betrieblichen Alltag ankom-	
62	men. Dabei ist Weiterbildung nicht nur ein betriebswirt-	
63	schaftlicher Kostenfaktor für die Unternehmen, sondern	
64	eine Investition in ihre Zukunft.	
65		
66	Konkret fordern wir:	
67	- Der bereits bestehende Rechtsanspruch auf eine	
68	Weiterbildungsberatung wird ergänzt durch einen	
69	gesetzlichen Anspruch auf tatsächliche Weiterbil-	
70	dung und berufliche Neuorientierung. Dies stärkt	
71	die Interessen der Arbeitnehmer, die bislang in	
72	Fragen der Weiterbildung vom Arbeitgeber ab-	
73	hängig sind.	
74	- Die Mitsprache der Betriebsräte bei Weiterbil-	
75	dung und Qualifizierung werden gestärkt durch	
76	ein Initiativrecht bei der Ein- und Durchführung	
77	der betrieblichen Berufsbildung.	
78	- Ein Transformationskurzarbeitergeld muss Kurz-	
79	arbeit und Qualifizierung verknüpfen. Die Ver-	
80	meidung von Kündigungen und Arbeitslosigkeit	
81	durch geförderte Kurzarbeit, strategischer Umbau	

<p>82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 100 101</p>	<p>des Unternehmens und Qualifizierung der Belegschaft können mit diesem Mittel Hand in Hand gehen. Gerade Beschäftigte und Betriebe bei grundlegenden Umbrüchen in ihrer Branche werden damit unterstützt. Dies geht einher mit einer Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die generelle bezahlte Freistellung und Finanzierung der Weiterbildung durch die Arbeitgeber. - Weiterbildung muss auch berufsbegleitend in Teilzeit möglich sein. Dabei sehen wir die Förderung des Entgeltnetto durch die Bundesagentur für Arbeit als Schlüsselement, um diese Möglichkeit gerade für Geringqualifizierte attraktiv zu machen - Eine Erhöhung des Budgets für Weiterbildung auf 1 % des allgemeinen staatlichen Bildungsbudgets. Aktuell werden bundesweit weniger als 0,5 % des Bildungsbudgets für Erwachsenenbildung ausgegeben. (Zahlen, vgl. https://www.die-bonn.de/doks/2015-finanzierung-01.pdf) 	<p>Entscheidung der Konferenz</p> <p><input type="checkbox"/> Annahme</p> <p><input type="checkbox"/> Material an</p> <p><input type="checkbox"/> Erledigt durch</p> <p><input type="checkbox"/> Ablehnung</p>
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Antrag Nr. 5:

Antragsteller: AfA-Landesvorstand

Empfänger: SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Bildungszeit besser machen

		Empfehlung der Antragskommission
1	Bildungszeit besser machen	Annahme in der Fassung der Antragskommission
2		
3	Die AfA-LDK möge beschließen:	
4		
5	1. Ausweitung auf allgemeine und kulturelle Weiterbildung und Klarstellung zur politische Bildung	
6	Bislang sind nur Teilbereiche der allgemeinen Bildung (z.B. das Nachholen von Schulabschlüssen	
7	sowie Maßnahmen der Alphabetisierung) im Rahmen der Bildungszeit möglich.	
8		
9		
10		
11		
12	2. Anspruchsberechtigte: dual Studierende	
13	Bislang haben nur die dual Studierenden an der DHBW einen, wenn auch eingeschränkten, Anspruch auf Bildungszeit. Neben den Studierenden der DHBW gibt es weitere ca. 1.000 dual Studierende vorwiegend an Hochschulen für angewandte Wissenschaften in kooperativen Studiengängen. Auch diese dual Studierenden sollten einen Anspruch auf Bildungszeit erhalten.	
14		
15		
16		
17		
18		
19		
20		
21		
22	3. Anspruch auf Bildungszeit von Auszubildenden, dual Studierenden und Lehrkräften	
23	Auszubildende und dual Studierende haben derzeit nur einen eingeschränkten Anspruch auf Bildungszeit. Ihnen stehen nur fünf Tage während der gesamten Ausbildungsdauer beschränkt auf die politische Bildung und die Ehrenamtsqualifizierung zu.	
24	Die Sonderregelungen beim Umfang und Lage der Bildungszeit bei Auszubildenden, dual Studierenden und Lehrkräften sind ersatzlos zu streichen.	
25		
26		
27		
28		
29		
30		
31		
32		
33		
34	4. Übertragung auf Folgejahre	
35	Der Anspruch auf Bildungszeit sollte mindestens	

„... Folgejahre ermöglichen“

36	auf das Folgejahr übertragbar sein. Darüber hin-	
37	aus sollten tarifliche, betriebliche oder einzelver-	
38	tragliche Regelungen eine Kumulierung auch über	
39	längere Zeiträume ermöglichen können.	
40		
41	5. Wartezeit reduzieren	
42	Verkürzung der Wartezeit für die Entstehung des	
43	erstmaligen Anspruchs von derzeit 12 Monaten	
44	auf sechs Monate Beschäftigungs- bzw. Ausbil-	
45	dungsdauer, damit auch viele befristet Be-	
46	schäftigte die Bildungszeit nutzen können.	
47		
48	6. Anrechnung	„... Anrechnung <u>streichen</u> “
49	Die aktuelle Regelung zur Anrechnung ist unklar	
50	und erzeugt Unsicherheiten bei Arbeitgebern und	
51	Arbeitnehmern – insbesondere die Abgrenzung	
52	von Maßnahmen, die überwiegend betriebsinter-	
53	nen Erfordernissen dienen, kann zu Auseinander-	
54	setzungen im Betrieb führen. In der Praxis hat die	
55	Regelung aber praktisch keine Bedeutung und	
56	sollte daher ersatzlos gestrichen werden.	
57		
58	7. Zeitumfang von Bildungsmaßnahmen	„... Bildungsmaßnahmen <u>an die</u>
59	Der tagesdurchschnittliche Unterrichtsumfang	<u>Regelungen der anderen Bundes-</u>
60	von derzeit mindestens sechs Zeitstunden, sollte	<u>länder angleichen</u> “
61	auf sechs Einheiten zu je 45 Minuten reduziert	
62	werden. Dies würde den Regelungen in den ande-	
63	ren Bundesländern entsprechen. Die Angebots-	
64	vielfalt für die Beschäftigten würde sich deutlich	
65	erhöhen, da bislang nur speziell für Baden-	
66	Württemberg konzipierte Maßnahmen mit min-	
67	destens sechs Zeitstunden angeboten werden	
68	konnten. Auch um nachhaltige Lernerfolge zu er-	Auch um nachhaltige Lernerfolge
69	zielen, sind die derzeit vorgesehenen sechs Zeit-	zu erzielen, sind die derzeit vor-
70	stunden deutlich zu lang. Zudem würde der Zu-	gesehenen sechs Zeitstunden
71	gang auf Grund von langen Anreisewegen zu ein-	deutlich zu lang. Zudem würde
72	tägigen landesweiten Bildungsangeboten in unse-	der Zugang auf Grund von langen
73	rem Flächenland erleichtert.	Anreisewegen zu eintägigen lan-
74		desweiten Bildungsangeboten in
75		unserem Flächenland erleichtert.
76		
77	8. Antragsverfahren beim Arbeitgeber	„... Arbeitgeber <u>verkürzen</u> “
78	Verkürzung der Antragsfrist von derzeit acht Wo-	
79	chen auf sechs Wochen, um auch aktuelle The-	
80	men schneller anbieten zu können.	
81		
82	9. Schutzklauseln	„Schutzklauseln <u>streichen</u> “

83	Streichung der Kleinbetriebs- und	
84	Überforderungsklauseln im Gesetz, da diese keine	
85	praktische Relevanz haben.	
86		
87	10. Trägeranerkennung	„ <u>Entbürokratisierung des Trägeranerkennungsverfahrens</u> “
88	Pauschale Anerkennung der Träger, die bereits	
89	nach dem Weiterbildungsgesetz Baden-	
90	Württemberg vom Land gefördert werden, statt	
91	umfassende Prüfung und Nachweise wie derzeit	
92	vorgesehen. Dies wäre auch ein Beitrag zur Ent-	
93	bürokratisierung.	
94		
95	11. Ehrenamtsqualifizierung	„Ehrenamtsqualifizierung <u>erwei-</u>
96	Ausdrückliche Aufnahme ehrenamtlicher	<u>tern</u> “
97	Tätigkeiten in Betrieben und Gewerkschaften	
98	(Vertrauensleute- Körper, Funktionen in Gewerk-	
99	schaften und Dachverbänden).	
100		
101		
102	Begründung:	
103		
104	Bis zu fünf Tagen bezahlte Freistellung im Jahr für die	
105	selbstgewählte Fortbildung von Beschäftigten - das er-	
106	möglicht das Bildungszeitgesetz. Weiterbildungen können	
107	sowohl im beruflichen wie auch politischen Bereich und in	
108	der Ehrenamtsqualifizierung in Anspruch genommen	
109	werden. Die Bildungszeit hilft somit dabei, individuelle	
110	Karrierewege zu fördern, den Fachkräftebedarf zu sichern	
111	und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.	
112	2015 hat die damalige grün- rote Landesregierung das	
113	Gesetz verabschiedet und damit endlich auch den Be-	
114	schäftigten in Baden-Württemberg ermöglicht, sich	
115	während der Arbeitszeit selbstbestimmt fortbilden zu	
116	können, so wie es mit der Ratifizierung des Abkommens	
117	140 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bereits	
118	1974 beschlossen wurde. 2019 wurde das Gesetz evalu-	
119	iert. Der Abschlussbericht der Evaluation zeigt, dass sich	
120	das Gesetz bereits nach der relativ kurzen Anwendungs-	
121	dauer bewährt hat und Anreize zur Weiterbildung bietet.	
122	Zwei von drei der Anspruchsberechtigten beurteilen das	
123	Gesetz als sehr gut oder gut. Aus der Evaluation geht aber	
124	auch hervor, dass lediglich 34,5 Prozent der Anspruchsb-	
125	erechtigten das Bildungszeitgesetz kennen. Das ist deutlich	
126	zu wenig. Hier muss insbesondere die Landesregierung	
127	nachlegen, um die Bildungszeit bekannter zu machen.	
128		
129	Trotz der positiven Bewertungen gibt es Grund zur Be-	

<p>130 131 132 133 134 135 136 137 138 139 140 141 142 143 144 145 146 147 148 149 150 151 152 153 154</p>	<p>sorgnis. Aus den Nebenabreden des Koalitionsvertrages geht hervor, dass die grün-schwarze Landesregierung die Axt an die Bildungszeit anlegen möchte, sofern die Ergebnisse des Evaluationsberichts nicht dagegen sprechen. Wenn es soweit kommen sollte, müssen sich die Beschäftigten darauf einstellen, künftig für die Teilnahme an Bildungszeitmaßnahmen der politische Bildung und der Ehrenamtsqualifizierung auf Erholungsurlaub zu verzichten. Dies wäre nach der ILO-Norm 140 unzulässig. Sie sichert den Beschäftigten bezahlte Bildungsfreistellung während der Arbeitszeit zu. Einschnitte bei der Bildungszeit wären in Zeiten von Fake-News und zunehmenden Angriffen auf demokratische Werte ein völlig falscher und rückwärtsgewandter Schritt. Warum aber sollen Unternehmen einen Beitrag für die politische Bildung und die Ehrenamtsqualifizierung der Beschäftigten leisten? Die Bildungszeit trägt dazu bei, dass sich Menschen in diesem Land für eine demokratische Gesellschaft engagieren. Eine lebendige und starke Demokratie bildet überhaupt erst die Grundlage für erfolgreiches unternehmerisches Handeln. Das Bildungszeitgesetz kann an vielen Stellen noch verbessert werden, es darf aber zu keinen Verschlechterungen für die Beschäftigten kommen. Die fünf Tage Bildungszeit dürfen nicht beschnitten werden.</p>	<p>Entscheidung der Konferenz <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Material an <input type="checkbox"/> Erledigt durch <input type="checkbox"/> Ablehnung</p>
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Antrag Nr. 6:

Antragsteller: AfA-Kreisverbände Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen und Freiburg

Empfänger: AfA-Bundeskonferenz, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Kindern ihren Weg ermöglichen!

		Empfehlung der Antragskommission
1	Kindern ihren Weg ermöglichen!	Annahme
2		
3	Forderung:	
4		
5	Wir fordern, dass bis zur Umsetzung des von der SPD ge-	
6	forderten Bürgergeldes und der Kindergrundsicherung	
7	umgehend eine Änderung im ALGII-Bezug stattfindet. Die-	
8	se Änderung soll vorsehen, dass die Anrechnung von	
9	“Kindereinkommen” im Bezugshaushalt gestrichen wird.	
10		
11		
12	Begründung:	
13		
14	Aktuell dürfen junge Menschen bis zu 7.664 Euro im Jahr	
15	verdienen, ohne dass ihren Eltern der Kinderfreibetrag	
16	gestrichen wird. Kinder aus Hartz IV- Haushalten dürfen	
17	dagegen nur 100 Euro im Monat behalten. Von jedem	
18	Euro, den sie mehr haben, werden 80 Cent abgezogen.	
19	Diese Regelung greift somit bereits im Nebenjob und wird	
20	bei der Ausbildung elementar.	
21		
22	Als SPD und AfA begrüßen wir es, dass Kinder ihre Mög-	
23	lichkeiten ergreifen und den Weg aus der sogenannten	
24	Hartz IV Falle finden möchten. Um diesen Weg zu unter-	
25	stützen, müssen wir Leistung anerkennen und nicht be-	
26	strafen. Wer fordert, muss auch fördern und darf keine	
27	Stigmatisierung vorantreiben.	

Antrag Nr. 7:

Antragsteller: AfA-Kreisverbände Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen und Freiburg

Empfänger: AfA-Bundeskonzferenz, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Grundeinkommen

		Empfehlung der Antragskommission
1	Grundeinkommen	Annahme
2		
3	Forderung:	
4		
5	Wir fordern, dass der AfA-Bundesvorstand gemeinsam	
6	mit der SPD-Bundestagsfraktion die Beschlusslage der	
7	Partei zum Grundeinkommen verdeutlicht und in einer	
8	Kampagne breit thematisiert.	
9		
10		
11	Begründung:	
12		
13	Im Zuge der Digitalisierung bekam die Diskussion über ein	
14	bedingungsloses Grundeinkommen neuen Aufschub.	
15		
16	Ob eines der Grundeinkommensmodelle tatsächlich in	
17	unserem Sozialstaat und der Gewerkschaftslandschaft	
18	eine Verbesserung für die Gesellschaft darstellt ist unge-	
19	wiss. Auch der Vorstoß von Michael Müller für ein solida-	
20	risches Grundeinkommen bleibt umstritten.	
21		
22	Obwohl die Diskussionen über ein Grundeinkommen tief	
23	durch die Gesellschaft geht, bleibt die Forderung von der	
24	Politik ungehört. Zwar wurde im Konzept "In einem neuen	
25	Sozialstaat für eine neue Zeit" klar ein Votum gegen das	
26	bedingungslose Grundeinkommen getroffen, jedoch	
27	kaum kommuniziert.	
28		
29	Warum wir als SPD und AfA ein bedingungsloses Grund-	
30	einkommen für ungerecht halten und warum wir an das	
31	Recht auf Arbeit glauben, wurde in der vergangen Zeit nur	
32	wenig herausgearbeitet. Wir finden dies problematisch.	

Entscheidung der Konferenz

- Annahme
- Material an
- Erledigt durch
- Ablehnung

Antrag Nr. 8:

Antragsteller: AfA-Kreisverbände Breigau-Hochschwarzwald, Emmendingen und Freiburg

Empfänger: AfA-Bundeskonferenz, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion
SPD-Fraktionen in Kommunen und Kreistagen

Betr.: Sachgrundlose Befristung im Öffentlichen Dienst

		Empfehlung der Antragskommission
1	Sachgrundlose Befristung im öffentlichen Dienst	Annahme
2		
3	Forderung:	
4		
5	Wir fordern, dass ab sofort im öffentlichen Dienst keine	
6	neuen Arbeitsverträge mit sachgrundloser Befristung ab-	
7	geschlossen werden.	
8		
9	Die bisher abgeschlossenen Verträge sollen im Anschluss	
10	in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis überführt werden.	
11	Ausgeschlossen bleiben hiervon selbstverständlich Ar-	
12	bbeitsverhältnisse die im öffentlichen Dienst aufgrund ei-	
13	nes Wahlamtes zustande gekommen sind.	
14		
15		
16	Begründung:	
17		
18	Leider kommt der öffentliche Dienst selten seiner Vorbild-	
19	funktion nach und zeigt sich gegenüber der Privatwirt-	
20	schaft öfter als unattraktiver Arbeitgeber. Dies hängt	
21	nicht nur mit den monetären Möglichkeiten zusammen,	
22	sondern auch damit, dass den Beschäftigten mit sach-	
23	grundlosen Befristungen unsichere Zukunftsaussichten	
24	gegeben werden.	
25		
26	Gut zehn Prozent, 390.000 Beschäftigte, waren 2017 im	
27	Öffentlichen Dienst befristet angestellt. Der Befristungs-	
28	anteil lag somit im Öffentlichen Dienst 2017 so hoch wie	
29	bereits zehn Jahre zuvor. Bei den Neueinstellungen waren	
30	61 Prozent befristet, wovon nur jede*r Vierte unbefristet	
31	übernommen wurde (Quelle: Bundestag).	
32		
33	Gerade als Staat müssen wir im Sinne unserer Arbeitneh-	
34	merinnen und Arbeitnehmer vorgehen und gute Arbeit	

35	nicht nur am ersten Mai fordern, sondern auch konsequent umsetzen!	Entscheidung der Konferenz <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Material an <input type="checkbox"/> Erledigt durch <input type="checkbox"/> Ablehnung
36		
37		
38		
39		
40		

Antrag Nr. 9:

Antragsteller: AfA-Kreisverbände Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen und Freiburg

Empfänger: AfA-Bundeskonferenz, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Vereinfachte Betriebsratswahl reformieren!

		Empfehlung der Antragskommission
1	Vereinfachte Betriebsratswahl reformieren!	Annahme
2		
3	Forderung:	
4		
5	Wir fordern das vereinfachte Wahlverfahren bei Betriebs-	
6	ratswahlen zu reformieren.	
7	Diese Reformation soll insbesondere folgende Punkte be-	
8	inhalten:	
9	- Ersetzung des Wahlvorstandes durch eine Wahl-	
10	leiter*in.	
11	- Die Wahlleitung kann extern durch die zuständi-	
12	gen Gewerkschaften besetzt werden.	
13	- Schaffung von Strukturen, die es ermöglichen, in	
14	einer Wahlversammlung sowohl die Wahlleiter*in	
15	als auch den Betriebsrat zu wählen.	
16	- Die Formalitäten sollten auf ein Minimum redu-	
17	ziert werden, um Betriebsratswahlen in kleinen	
18	Betrieben zu erleichtern.	
19		
20		
21	Begründung:	
22		
23	In kleineren Betrieben ist es oft schwierig, bei Erstwahlen	
24	drei geeignete Personen für den Wahlvorstand zu finden.	
25	Durch Verkürzung des Zeitablaufes kann besser gewähr-	
26	leistet werden, dass der Arbeitgeber die Betriebsratswahl	
34	nicht blockiert. Insgesamt wollen wir die Barrieren zur	
35	Schaffung eines Betriebsrats in kleinen Betrieben reduzie-	
	ren.	

Antrag Nr. 10:

Antragsteller: AfA-Kreisverbände Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen und Freiburg

Empfänger: AfA-Bundeskonzferenz, AfA-Bundesvorstand

Betr.: Antragsorganisation

		Empfehlung der Antragskommission
1	Antragsorganisation	Annahme
2		
3	Forderung:	
4		
5	Wir fordern den AfA-Bundesverband dazu auf, eine Wiki-	
6	Struktur (Online-Lexikon) für beschlossene Anträge zu	
7	schaffen, damit stets öffentlich einsehbar ist, welche Posi-	
8	tionen die AfA vertritt.	
9		
10	Dies soll rückwirkend mindestens ab den beschlossenen	
11	Anträgen aus dem Jahr 2016 stattfinden.	
12		
13	Des Weiteren sollen die Antworten auf überwiesene An-	
14	träge und weitere Werdegänge der beschlossenen Anträ-	
15	ge dokumentiert werden.	
16		
17	Durch das bisherige Hochladen des letzten Beschlussbu-	
18	ches wurde zwar ein erster Schritt unternommen, jedoch	
19	ist hier weder eine Nachverfolgbarkeit, schnelle Suche	
20	oder Historie möglich.	
		Entscheidung der Konferenz <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Material an <input type="checkbox"/> Erledigt durch <input type="checkbox"/> Ablehnung